

»Das nennt man Filz und Korruption«

Flughafen Essen/Mülheim im Visier des Landesrechnungshofes. Schließung wieder auf der Tagesordnung. Gespräch mit Lothar Reinhard

Interview: Gitta Düperthal

Lothar Reinhard ist Sprecher der Ratsfraktion der Mülheimer Bürgerinitiativen

Der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen übt Kritik am Geschäftsgebaren des Flughafens Essen/Mülheim (FEM). Sowohl beim Bau der neuen Flughalle als auch bei anderen Baumaßnahmen habe es Verstöße gegen das Vergaberecht und Abrechnungen für nicht bewilligte Leistungen gegeben. Gibt es Filz und Korruption am Flughafen?

Die Formulierung »Verdacht auf Korruption« kommt im Bericht des Landesrechnungshofes vor. Er empfiehlt, das Land möge aus der FEM GmbH aussteigen und Zuschüsse zurückfordern – das Land NRW und die Städte Essen und Mülheim sind zu je einem Drittel beteiligt. Begründet wird die Forderung mit zahlreichen Unregelmäßigkeiten. Bei der neuen Flugzeughalle beispielsweise hat das Land zwei Drittel bezahlt, knapp 800000 Euro. Sie wurde aber wesentlich größer gebaut als bewilligt. Auch bei anderen Anlagen wurde falsch abgerechnet. Außerdem moniert der Rechnungshof, der Airport könne unter den gegebenen Bedingungen nicht wirtschaftlich betrieben werden und prognostiziert bis 2034 eine Anhäufung von Verlusten in Höhe von mindestens 55 Millionen Euro, die vom Land und den beiden Städten ausgeglichen werden müssen.

Laut Presseberichten sieht FEM-Geschäftsführer Reiner Eismann die Angelegenheit gelassen.

Es hieß, er habe dazu einen 50seitigen Bericht geschrieben. Aber wenn er seine Position darin überzeugend dargelegt hätte, wäre der Jahresbericht des Landesrechnungshofes wohl anders ausgefallen. Ein anderer Punkt sind die Kanal- und Tiefbauarbeiten: Dabei tauchen immer das gleiche Ingenieurbüro und immer die gleiche Baufirma auf – teilweise ohne vorherige Ausschreibung. Das ist als Begünstigung zu bezeichnen. Auch bei diesen Arbeiten wurde falsch abgerechnet. Das nennt man Filz und Korruption. Es reicht nicht, daß der Geschäftsführer eins auf den Deckel kriegt. Der Hauptausschuß der Stadt Mülheim, zuständig für die Beteiligungsgesellschaften der Stadt, also auch für den Flughafen, muß all das aufklären. Schließlich müssen die Städte Mülheim und Essen die Geldforderungen des Landes begleichen, wenn dieses – wie angeraten – von seinen Verträgen zurücktritt.

Sollte der Flughafen nicht ursprünglich geschlossen werden?

Ja. Sowohl die Stadt Essen als auch Mülheim hatten es ursprünglich so beschlossen. Der FEM ist nämlich gar kein richtiger Flughafen, sondern nur ein Landeplatz für Privatflugzeuge. Essen steht heute noch dazu,

aber die SPD Mülheim – aus der auch deren Landeschefin Hannelore Kraft kommt – hat 2001 einen neuen Beschluß gefaßt, und zwar mit einer von uns, den Mülheimer Bürgerinitiativen, gekauften Stimme. Beschlossen wurde, den Flugplatz zum Geschäftsflughafen auszubauen. Wir, die Grünen und die CDU, waren dagegen. Die Geschichte mit dem Mehrheitsbeschaffer ist später aufgefliegen: Sie hatten ihn mit einem Job versorgt. Seitdem gibt es diese Patt-Situation zwischen Essen und Mülheim. Das Land befürwortete einen regulären Flughafen ergänzend zum Düsseldorfer Airport, der nicht einmal zehn Kilometer vom FEM entfernt liegt. Seit 2004 sind die Flughafenbefürworter zwar auch in Mülheim in der Minderheit, aber der einst »gekaufte« Beschluß wurde nicht zurückgenommen. Obgleich wir mehrfach den Antrag gestellt haben, hat man das auf die lange Bank geschoben und nie wieder abgestimmt, weil SPD und CDU in der Stadt fünf Jahre lang zusammen regiert und das Flughafenthema auf Eis gelegt hatten.

Das klingt wie eine Provinzposse, könnte aber mit dem Korruptionsverdacht des Landesrechnungshofes ein heißes Thema bei den Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen in Düsseldorf werden...

Die Grünen sind für den Ausstieg aus dem Flughafen. Aber Frau Kraft stammt eben aus Mülheim, und wenn sie sagt, wir nehmen den Ausstieg mit in die Koalitionsverhandlungen, bekommt sie zu Hause Ärger. Aber den Bericht des Landesrechnungshofes wird sie nicht ignorieren können.

In Mülheim herrscht über all das Aufregung, in Essen empört sich bisher einzig die DKP. Woran liegt das?

In weiten Teilen des Ruhrgebiets hat man sich mit dem allgegenwärtigen Filz abgefunden und nimmt den als »normal« wahr. Da heißt es: Was ist denn da bloß Schlimmes dran?

WESTDEUTSCHE
ALLGEMEINE
Die Zeitung **WAZ** des Ruhrgebiets

Landesrechnungshof **Turbulenzen über dem Flughafen Essen/Mülheim**

WAZ-Essen, 01.07.2010, Kai Süselbeck



Flughafengesellschaft

Die „Flughafen Essen/Mülheim GmbH“ (FEM) als Betreiberin des Flughafens wurde 1927 gegründet. Teilhaber waren das Deutsche Reich, der Staat Preußen und die Städte Essen und Mülheim. Durch das

Erneut in der Diskussion. Der Flughafen Essen/Mülheim an der Stadtgrenze. Foto: Oliver Müller

Essen. Ein Bericht des Landesrechnungshofes sorgt erneut für Turbulenzen über dem Flughafen Essen-Mülheim. Die Prüfer haben vorgerechnet, dass der Flughafen bis 2034 Verluste „von mindestens 55 Millionen Euro“ anhäufen werde.

Flughafengesellschaft

Die „Flughafen Essen/Mülheim GmbH“ (FEM) als Betreiberin des Flughafens wurde 1927 gegründet. Teilhaber waren das Deutsche Reich, der Staat Preußen und die Städte Essen und Mülheim. Durch das „Reichsvermögensgesetz“ von 1961 erbt das Land NRW Preußens und Deutschlands Anteile und stockte die Beteiligung 1968 auf ein Drittel auf.

Ein Bericht des Landesrechnungshofes sorgt erneut für Turbulenzen über dem Flughafen Essen-Mülheim. Die Prüfer haben vorgerechnet, dass der Flughafen bis 2034 Verluste „von mindestens 55 Millionen Euro“ anhäufen werde. Deshalb haben sie dem Land geraten, aus dem Flughafenbetrieb auszusteigen.

Das Land sowie die Städte Essen und Mülheim sind je zu einem Drittel an der Flughafen Essen/Mülheim GmbH beteiligt. Nach Einschätzung des Rechnungshofes wird das wirtschaftliche Potenzial des Betriebes „nicht annähernd ausgeschöpft, da das Konzept eines Geschäftsflughafens nicht umgesetzt werden kann“ - und zwar wegen der Blockade der Stadt Essen, die an dem Ratsbeschluss zum Ausstieg aus dem Flughafen festhält.

Diese Analyse teilt auch die Flughafengesellschaft. Geschäftsführer Eismann, der Flughafen-Aufsichtsrat und die Industrie- und Handelskammer haben seit 2002 mehrere erfolglose Versuche unternommen, der Stadt Essen ein Konzept „Geschäftsflughafen ohne Linienverkehr“ schmackhaft zu machen.

Vor diesem Hintergrund erscheint dem Rechnungshof „die Fortführung der Landesbeteiligung wenig sinnvoll“. Auch aus Kostengründen, denn die Ertragssituation könne nicht besser werden. Das sei nicht nur Schuld der Geschäftsführung: „Die Städte Essen und Mülheim haben nicht nur das Ausschöpfen des wirtschaftlichen Potenzials des Flughafens vereitelt, sondern sogar wesentliche Ertragsquellen entzogen.“

Derzeit überweisen Essen, Mülheim und das Land je knapp eine halbe Million Euro jährlich als Verlustausgleich an die Flughafengesellschaft. Das könnte auch noch deutlich teurer werden, sagen die Rechnungsprüfer: „In den vergangenen 13 Jahren hat sich der Zuschussbedarf mehr als verdoppelt. Setzt sich dieser Trend linear fort, ist in den nächsten 25 Jahren mit einem Gesamtverlust von mindestens 55 Millionen Euro zu rechnen“ - bedeutet für jeden der drei Gesellschafter eine Belastung von je rund 18,3 Millionen Euro.

Gegen die Flughafengesellschaft erheben die Rechnungsprüfer schwere Vorwürfe wegen des Umgangs mit Fördermitteln des Landes. Bei diversen Bauprojekten, unter anderem beim Bau der neuen Flughalle, haben sie „gravierende Verstöße gegen das Zuwendungsrecht und die Vergabebestimmungen festgestellt.“ Flughafen-Geschäftsführer Eismann bestreitet die Vorwürfe und verweist auf einen ausführlichen Bericht an die Bezirksregierung. Dem Mülheimer CDU-Chef Andreas Schmidt reicht diese Antwort nicht. Er fordert eine unabhängige Prüfung - und sieht sich von den Rechnungsprüfern in seiner Einschätzung bestätigt: „Dieser Flughafen ist nicht wirtschaftlich zu führen.“



Verkehr **Mülheimer Ratsmehrheit will Flughafen aufgeben**

Im Westen, 01.07.2010, DerWesten/NRZ



Flughafen Mülheim. Foto: Friedhelm Geinowski

Mülheim/Essen. Die schweren Vorwürfe des Landesrechnungshofs könnten für den Essener/Mülheimer Flughafen schnelle Konsequenzen haben: Eine Mehrheit im Mülheimer Stadtrat will sich gegen den Weiterbetrieb aussprechen.

Der Streit über den Flughafen Essen/Mülheim ist über 30 Jahre alt. In einer Woche könnte er überraschend sein Ende finden: Eine bunte parlamentarische Mehrheit im Mülheimer Stadtrat will den Flughafen in der seit 1980 genehmigten Form aufgeben. So steht es in einem bislang unveröffentlichten Antrag von CDU, Grünen und Mülheimer Bürgerinitiativen, der der NRZ vorliegt. Die Linken wollen der Initiative zustimmen.

Anlass sind massive Vorwürfe des Landesrechnungshofs gegen den Flughafen: Gravierende Verstöße gegen das Vergaberecht, schlampiger Umgang mit Fördermitteln und Begünstigung korrupten Verhaltens; die Liste ist lang. Zwar bestreitet der Flughafen alle Vorwürfe. Davon unabhängig aber kommen die Rechnungsprüfer zu dem Schluss, dass der Flughafen ein Subventionsgrab bleibe.

Land soll aussteigen

Auf 55 Millionen Euro addieren sie die erwarteten Verluste bis 2034 und empfehlen der Landesregierung den Rückzug aus dem Flughafen. Der gehört dem Land sowie den Städten Essen und Mülheim. Die Stadt Essen hat schon einen Ausstiegsbeschluss.

In der Tat schreibt der Flughafen seit Jahren wachsende Verluste und ist verkehrspolitisch bedeutungslos. Versuche des Landes, der Wirtschaft, sowie der Mülheimer SPD und FDP, Geschäftsflüge zu etablieren, scheiterten stets. Zuletzt beschnitten Gerichte überdies den Düsenflugbetrieb. Setzt sich die neue Mülheimer Mehrheit nächsten Donnerstag durch, wäre letztlich das Land am Zug. Nicht betroffen wären nur im Aero Club organisierte Sportflieger. Sie haben einen Vertrag bis 2034.

Mehr zum Thema Flughafen Essen/Mülheim

- 25.2.10: Das Verwaltungsgericht Düsseldorf erklärt Starts und Landungen mit kleinen Düsenjets für rechtswidrig unter <http://www.mbi-mh.de/2010/02/25/urteil-zum-flughafen>
- 28.6.10: Der Landesrechnungshof übt deutliche Kritik am Flughafen Essen/Mülheim. Er empfiehlt dem Land, seine Anteile abzugeben. Er bemängelt u.a. die "unterdurchschnittlichen" Lande- und Abstellgebühren. Unabhängig davon hat der LRH massive Unregelmäßigkeiten festgestellt. Mehr unter <http://www.mbi-mh.de/2010/06/29/korruption-am-flughafen>
- 30.6.10: CDU-MBI-Grünen-Antrag zum Ausstieg aus dem Flughafen Essen/Mülheim unter <http://www.mbi-mh.de/2010/07/02/ausstieg-aus-dem-flughafen-essenmulheim>